

Leitartikel

Von Mario Zenhäusern

Wer hudeit, macht Fehler. Das gilt auch für Regierungen. Die aber sollten keine Fehler machen.



Reformtempo beeinträchtigt Nachhaltigkeit

„Speed kills“ stimmt auch heute noch. Auch wenn Andreas Khol ursprünglich etwas anderes gemeint hat.

Zehn Jahre ist es nun her, dass Andreas Khol das Motto „speed kills“ ausrief, als die neue Regierung sich daran machte, ihre Pläne eilig umzusetzen. Tatsächlich gab die schwarz-blaue Koalition ein schier atemberaubendes Tempo vor. Schlüssel und Khol ließen der Opposition mit einer Fülle an neuen Gesetzen und Reformen keine Zeit zum Nachdenken. Geschweige denn zum Widerspruch. Khol schien also Recht zu haben: Das Reformtempo unterband jeden Widerstand. Speed kills.

Allerdings funktionierte nicht alles, was die kleine Koalition in ihrem großen Reformrausch fabrizierte. Im Gegenteil: Oft genug zerlegten die Verfassungsrichter die eilends durchgepeitschten Gesetzestexte oder hoben sie überhaupt auf.

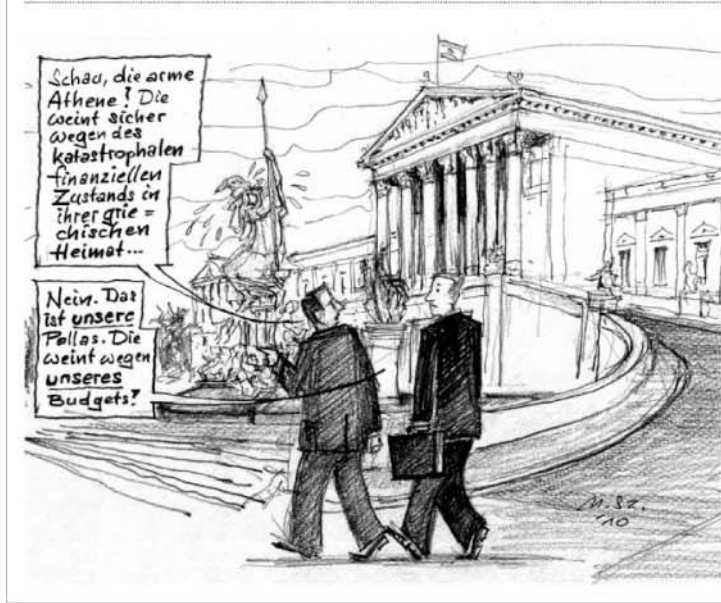
Das ist bis heute nicht anders. In Tirol etwa hätten sich die Gesundheitsexperten im Landhaus die Ausschreibung des Rettungswesens durchaus ein wenig genauer anschauen können. Sie hätten ihrem politischen Chef damit einen blamablen Bauchfleck und dem Land eine neuerliche Ausschreibung erspart.

Es hätte nicht geschadet, wenn die Energie- und Umweltpromis im Landhaus vor der Erstellung des Kriterienkatalogs für den Ausbau der Wasserkraft ihre Kollegen von der Tiwag informiert hätten. Gleiches gilt für die Strategien im Tiwag-Hauptquartier: Hätten sie ihre Ängste zuerst den Landhaus-Juristen mitgeteilt, statt eine Phalanx gegen den Kriterienkatalog zu bilden, wäre uns allen eine mühsame Diskussion erspart geblieben. Und dem Ziel, Richtlinien für den unabdingbaren Ausbau der Wasserkraft zu erstellen, wären wir schon einen Schritt näher.

In beiden Fällen hat die Geschwindigkeit bei der Entscheidungsfindung deren Nachhaltigkeit negativ beeinflusst. Andreas Khol hatte also zweifellos Recht, als er vor zehn Jahren sein „speed kills“ verkündete. Auch wenn er ursprünglich etwas ganz anderes gemeint hat.

Karikatur

Pallas Athene



Von Hysterie und Panikmache weit entfernt

Schon zwei Mal innerhalb weniger Monate gelang es Österreich, durch eine nüchterne Betrachtung einer Krisensituation die Nase vorn zu haben.



Analyse
Von Gabriele Starck

Spätestens seit Österreich als erstes Land der isländischen Vulkanasche am Himmel trotzte und seinen Luftraum wieder öffnete, ist klar: Hysterie und Panikmache kann man den Österreichern nicht vorwerfen.

Neiderfüllt blickten aber nicht nur die Airlines manch eines Nachbarlands Anfang dieser Woche auf „felix Austria“, sondern vor einigen Monaten – als die Schweinegrippe noch die Schlagzeilen beherrschte – auch etliche Politiker. Statt Impfstoff in riesigen Mengen einzubun-

kern, hatte Österreichs Gesundheitsminister Alois Stöger geschickt verhandelt. So gelang es, zunächst einmal nur verhältnismäßig bescheiden Vakzine (1,1 Millionen Dosen) einkaufen zu müssen und sich zugleich die Option auf Nachbestellung so vieler Dosen zu bewahren, dass ganz Österreich zweimal hätte geschützt werden können. Doch die Schweinegrippe verlor zunehmend an Schrecken. Die Impfbereitschaft sank im gleichen Maß und damit auch die Notwendigkeit nachzukaufen. Und so sitzen Deutschland und andere Länder auch heute noch auf Millionen von Impfdosen und versuchen, Abnehmer zu finden – vergeblich.

Man könnte der österreichischen Politik natürlich vorhalten, sie habe ein riskantes

Spiel gespielt und letztlich nur Glück gehabt: Doch der Umgang mit dem neuen Grippevirus war das gesamte vergangene Jahr über recht besonnen und nüchtern. Man hat die Empfehlungen und Regeln der Weltgesundheitsorganisation befolgt, sich auf das Schlimmste vorbereitet, aber Maßnahmen – wie etwa die Isolation der Erkrankten oder ihre Behandlung im Spital – nicht länger angewendet als notwendig.

Grund, sich auszuruhen, ist das keiner. Zum einen müssen die Krisenpläne an die Erfahrungen angepasst werden. Zum anderen darf die Politik die Menschen nicht in Sicherheit wiegen. Denn harmlos ist auch die Schweinegrippe nach wie vor nicht. Und das gilt es spätestens im Herbst den Risikogruppen – junge Menschen und schwangere Frauen – zu vermitteln und Vorsorge zu treffen.

» Lesen Sie dazu mehr auf Seite 3

gabriele.starck@tkt.com

Apropos

Von Alois Schöpp

40 Jahre Regierung Kreisky

Am 21. April 1970 nahm die Regierung Kreisky ihre Arbeit auf. Und obgleich sicher nicht alle Veränderungen, die aus der muffigen, gegenreformatorischen Alpenrepublik einen modernen Wohlfahrtsstaat machten, auf das Konto des „Sonnenkönigs“ gehen: Ich kenne viele, die ihm bis heute dankbar sind für Freifahrten, Gratislehrbücher und für die Öffnung der höheren Schulen und der Universitäten auch für Kinder aus einfachen Verhältnissen. Oder für die Fristenlösung! Oder für die Fortschritte bei der Emanzipation der Frauen!

Gerade aus der Sicht des 40-Jahr-Jubiläums werden übrigens einige Vorwürfe, die derzeit gegen Heime und Internate erhoben werden, relativiert: Denn durch die Reformen eines Justizministers Broda und durch die zeitgleich wirksame 68er-Revolution veränderten sich die geistigen Grundlagen der Republik radikal. Und das vor allem in der Erziehung! Wenn man bis dahin der Ansicht war, man müsse Säuglinge schreien lassen, um die Entwicklung ihrer Lungen zu fördern, so kamen seit damals systematische Prügelstrafe, Taten, gesunde Watschen und die paramilitärische Kasernierung der Jugend zunehmend in Verruf.

So unverzeihlich sexuelle Übergriffe auf Jugendliche bis heute sind: Die Gewalt in der Erziehung war so lange Standard, bis vor allem ein Bruno Kreisky, der den Fortschritt nicht – wie heute wieder – obrigkeitstaatlich zu verhindern versuchte, die Fenster zur Humanität weit aufriß. Danke!

Alois Schöpp ist Schriftsteller, Journalist und seit vielen Jahren TT-Kolumnist.



alois.schoepp@tkt.com

TT Frage des Tages

Sollen Fluglinien die gesamten Kosten tragen?

Fluglinien weigern sich, alle Kosten für gestrandete Passagiere im Zuge der Aschekrise zu bezahlen. Die EU fordert Passagiere auf, sich zu wehren. Ein kluger Schritt?

Hier das Ergebnis:

32% Ja – in erster Linie sind die Airlines verantwortlich. Die sollen sich das dann mit der EU ausmachen.

15% Nein – die Airlines haben ein Recht auf die Hilfe der EU.

53% Egal – die Situation erfordert mehr als nur Schuldzuweisungen.

Die Umfrage finden Sie auf **tt.com**

UMFRAGE

Kopf des Tages

Giorgos Papandreou (Ministerpräsident)

Das Gesicht des Griechenland-Debakels

Braungebrannt mit grauem Schnauzer wirkt Ministerpräsident Giorgos Papandreou (57) wie ein Grieche aus dem Tourismus-Katalog. Doch der studierte Soziologe warb auf seinen Staatsbesuchen durch die EU nicht um mehr Touristen, sondern um Geld für sein am Rande der Staatspleite stehendes Land. Papandreou wurde so zum Gesicht der griechischen Krise.

Er trat 2009 an, um Griechenland zu verändern. Schon damals deutete sich die Finanzkrise an, Korruptionsskandale erschütterten das Land. Sehr bald nach seinem Amtsantritt im vergangenen Jahr musste er das Gesetz des Handels aus der Hand geben und wurde

zum Getriebenen des tiefroten Staatshaushaltes.

Die Papandreous sind einer der drei großen Politclans, die sich seit Jahrzehnten an der Macht ablösen. Sie haben das Land im Laufe der Zeit mit einem dichten Netz von Günstlingen überzogen und sind damit eine der tiefen Ursachen der

heutigen Krise. Insofern ist auch Giorgos Papandreou ein Teil des Problems.

Sein Werdegang ist für einen griechischen Politiker untypisch. Geboren im US-Bundesstaat Minnesota studierte Giorgos Papandreou in den USA, Kanada, Schweden und an der School of Economics in London Soziologie und Politik. Manche nennen ihn eher geringgeschätzt den



„Amerikanaki“, den „kleinen Amerikaner“.

Seine politische Karriere begann er 1981 als Parlamentsabgeordneter der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK). Diese führte sein Vater und damaliger Ministerpräsident Andreas Papandreou. Dass Giorgos Papandreou Stehvermögen hat, bewies er 2004 und 2007: Er überlebte zwei schwere Wahlniederlagen seiner Sozialisten. Daher gilt es noch nicht als ausgemacht, dass ihn die Schuldenkrise bei den nächsten Wahlen das politische Amt kosten könnte. Als Sanierer mit ruhiger Hand könnte er bei seinem Volk punkten. (ft)

» Lesen Sie dazu mehr auf Seite 21

Foto: EPA